

## Brauchen wir ein neues Grundsatzprogramm?

---

Das geltende Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird 1973 zehn Jahre alt. Zeit genug, um eine Zwischenbilanz zu ziehen. Zeit aber auch, um sich die Frage zu stellen, ob dieses Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß vom 21./22. November 1963 in Düsseldorf verabschiedet wurde, den heutigen Gegebenheiten noch entspricht und richtungweisend für die gewerkschaftliche Antwort auf die Herausforderung der siebziger und achtziger Jahre sein kann. 14 Jahre waren vergangen, bis das Münchner Grundsatzprogramm von 1949, das noch unter dem unmittelbaren Eindruck der faschistischen Barbarei und des materiellen Elends stand, 1963 durch ein neues Grundsatzprogramm abgelöst worden ist. Angesichts einer immer rascheren Unstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft dürften heute zehn Jahre ein ausreichend langer Zeitraum sein, die Frage nach Überprüfung, Fortschreibung oder gänzlicher Neugestaltung des Grundsatzprogramms zu stellen.

*Oswald von Nell-Breuning* hat in seiner Stellungnahme zum Entwurf des Grundsatzprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1963 festgehalten, daß die vorgelegten Forderungen „ein im wesentlichen geschlossenes, dem heutigen Stand der Dinge und Erkenntnisse angemessenes wirtschaftspolitisches Programm“ bilden. Die Betonung liegt aus der heutigen Sicht gesehen bei „dem heutigen (d. h. dem Erkenntnisstand von 1963) angemessenen Programm“. Jedes Grundsatzprogramm ist notwendigerweise auch Kind seiner Zeit. Dies gilt insbesondere für ein Programm, das 1962/63 zum Höhepunkt der *Adenauerschen* Restaurationszeit abgefaßt worden ist. Dem Düsseldorfer Programm ist ein hoher<sup>1</sup> Grad von Eigenständigkeit gegen den damals herrschenden „Zeitgeist“ zuzusprechen. Dennoch mußten damalige Erkenntniswerte, aber auch politische Grundsatzzpositionen in dieses Programm einfließen. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Frage nach einer grundsätzlichen Überprüfung berechtigt. Welches sind — formal — die Ansatzpunkte, die für ein neues Grundsatzprogramm sprechen?

1. In den letzten zehn Jahren wurden wichtige Beschlüsse auf DGB-Kongressen getroffen, die materiell Bestandteil des Grundsatzprogramms sind, als

solche aber textlich nicht in Erscheinung treten. Sie bedürfen einer „kanonischen“ Fixierung.

2. Zehn Jahre sind eine ausreichende Zeit, um Erfahrungen zu sammeln, um den Text und die Postulierung des Grundsatzprogramms an der bisherigen praktischen Arbeit zu messen. Einige Forderungen sind erfüllt, andere sind durch die historische Entwicklung zu den Akten gelegt worden.

3. Die Herausforderungen der siebziger und achtziger Jahre werfen Probleme auf, deren Antwort allein aus dem jetzigen Erkenntnisstand, nicht aber aus dem vor zehn Jahren gegeben werden können.

*Aktionsprogramme* können keinen Ersatz für sich ändernde Grundsatzpositionen des DGB darstellen. Sie sind kein Instrument, ein eventuell obsolet gewordenes Grundsatzprogramm fortzuschreiben und den neuen Bedürfnissen anzupassen. Aufgabe von Aktionsprogrammen kann es nur sein, auf der Grundlage des geltenden Grundsatzprogramms einzelne Forderungen herauszuheben und zu aktualisieren. Auch Satzungskongresse, wie der von 1971, können nicht die Lücken im Grundsatzprogramm ausfüllen. Die Fragestellung um den § 2, 1c der DGB-Satzung in Düsseldorf 1971, ob sich der DGB für den „Ausbau“ des sozialen Rechtsstaates (Antrag Bundesvorstand) oder für seine „Verwirklichung“ (Antrag Landesbezirk Baden-Württemberg u. a.) einsetzt — das erste setzt den sozialen Rechtsstaat schon als gegeben voraus, das zweite will ihn erst schaffen —, war in Düsseldorf an einem falschen Ort gestellt. Eine derartig entscheidende Antwort hätte auf einem „Programmkongreß“ erarbeitet werden müssen, auf dem ausreichender Raum gegeben wäre, sich intensiv und ausführlich um diesen Punkt zu kümmern.

#### *Die bisherigen Erfahrungen mit dem Düsseldorfer Programm*

Die Frage „Brauchen wir ein neues Grundsatzprogramm?“ dürfte wohl zunächst eine ablehnende oder zumindest eine distanzierte Reaktion verursachen. Kommen wir nicht mit unserem Düsseldorfer Programm gut aus? Sind nicht die bisherigen Erfahrungen befriedigend? Hat nicht der DGB auch — und gerade 1963 — in einer gesellschaftspolitisch schwierigen Phase im Düsseldorfer Programm eine beispielhafte und vorwärtsweisende Position bezogen? In der Tat hat das dem Düsseldorfer Programm zugrunde liegende Wirtschaftskonzept zu einer Synthese von markt- und planwirtschaftlichen Elementen geführt. Es hat eine Grundposition bezogen, die vorausschauender war als das einseitige Konzept der damals halboffiziellen Staatstheorie: des Neoliberalismus *Erhard'scher* Prägung. Die heute zu konstatierende grundsätzlich positive Einstellung zum alten Programm ist darin zu sehen, daß dieses Düsseldorfer Programm in einigen Grundentscheidungen „offen“ angelegt ist. Aus einer oftmals unentschiedenen Position zwischen dem altsozialistischen Traditionsgut und den mehr pragmatischen Leitbildern einer eher technokratisch-marktwirtschaftlich orientierten Rich-

tung resultiert die Anpassungsfähigkeit des Düsseldorfer Programms neuen Entwicklungen gegenüber.

Dieser Vorteil einer „elastischen Interpretationsfähigkeit“ könnte allerdings auch ein Nachteil werden. Dann nämlich, wenn man ein Grundsatzprogramm an seiner Aufgabe mißt, ein klar erkennbares Bekenntnis zum Selbstverständnis der Gewerkschaften abzulegen, um daraus eindeutige Leitlinien gewerkschaftlichen Handelns abzuleiten.

Einige Punkte im Grundsatzprogramm können als erledigt gestrichen werden, so z. B. einige Passagen im Bereich der sozialpolitischen Grundsätze über Kündigungsschutz und Kündigungsfristen, über eine ausreichende rechtliche Sicherung der Jugendvertreter im Betrieb, Fortzahlung des vollen Arbeitsentgelts für Arbeiter usw. Bei anderen Aussagen des Grundsatzprogramms hat die Zeit neue Lösungsmöglichkeiten gefunden. Die Forderung in der Präambel, daß die Wiedervereinigung Deutschlands die Voraussetzung für eine friedliche Ordnung Europas darstelle, muß unter den heutigen ostpolitischen Daten umgekehrt formuliert werden: Eine friedliche Ordnung Europas bildet die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands. Auch der Satz „Berlin bleibt die Hauptstadt Deutschlands“ kann heute nur so interpretiert werden, daß Berlin in einem wiedervereinigten Deutschland die Hauptstadt bilden solle.

#### *7, um analytischen Ausbau des Grundsatzprogramms*

Ein Mangel des alten Grundsatzprogramms ist analytischer Art. Was fehlt, ist eine Analyse des grundlegenden Charakters von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik; was fehlt, ist die Einschätzung der Arbeitgeberstrategien; was fehlt, ist eine Beurteilung der Perspektive des Arbeitnehmers in der Gesellschaftsordnung. Nach einer simplen Logik müßte der Aufbau des Programms in drei Schritte gegliedert werden:

1. Schritt: Aufzeichnung der Grundtatbestände von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Welche Stellung nimmt der Arbeitnehmer in ihr ein? Daran anschließend:

2. Schritt: Einschätzung der Entwicklungstendenzen von Wirtschaft und Gesellschaft für die Zukunft. Daraus sind

3. die Konsequenzen für die Gewerkschaftsbewegung zu ziehen und die programmatischen Grundsätze aufzustellen.

Die Charakterisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erfolgt im Düsseldorfer Programm in allzu lapidarer Kürze. Dort heißt es: „Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Arbeitnehmer sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über

die Produktionsmittel ausgeschlossen." Diese Feststellungen in der Präambel stehen unvermittelt und unverbunden neben vorhergehenden und nachfolgenden Passagen, in denen mehr moralisch-ethische Wertungen mit gewerkschaftspolitischen Postulaten verknüpft sind. Bruchstücke einer gesamtgesellschaftlichen Bestandsaufnahme tauchen unter „Grundlagen der Wirtschaftspolitik“ und „Grundrechte der Arbeit“ wieder auf. Was fehlt, ist eine knappe Beweisführung für die Thesen, was fehlt ist eine Einschätzung der zukünftigen Entwicklung, und was vor allen Dingen fehlt, ist die logische Verknüpfung einer Bestandsaufnahme mit den zu ziehenden Konsequenzen. In den nachfolgenden Grundsätzen, vor allem in der Passage „Mittel der Wirtschaftspolitik“ und in dem Bereich der sozial- und kulturpolitischen Grundsätze, werden Antworten gesucht und auch gegeben. Es existiert aber keine systematische Verknüpfung zwischen dem Aufzeigen der Tatbestände und den Entwicklungstendenzen und den Konsequenzen für Lösungsmodelle. Was vor allem fehlt, ist ein dem Grundsatzprogramm unterlegtes Gesellschaftsbild. Oder ist es so vage formuliert, daß dies nicht sofort sichtbar wird? Oder wird bewußt auf ein „Theoriegebäude“ verzichtet? Oder trifft gar das auf den DGB zu, was Prof. Klönne für die Sozialdemokratische Partei erfragt: „Ist die eigentümliche theoretische Sprachlosigkeit der Sozialdemokratie heute Folge einer realen Funktion, die als pure Hilfsdienstrolle für kapitalistische Herrschaftsausweitung zu definieren ist?“ Letzteres trifft auf das Düsseldorfer Programm sicherlich nicht zu, denn offensichtlich hat den Verfassern eine Grundvorstellung vom Menschen und seiner Stellung in der Gesellschaft vorgelegen; Beweis: In der Summe lassen sich die einzelnen wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Grundsätze von Düsseldorf zu einem progressiven Forderungskatalog zusammensetzen, der über die geltenden Herrschaftsverhältnisse hinausweist.

#### *Die fehlende Unterscheidung zwischen Grundsätzen und Strategie*

Ein weiterer Mangel des Düsseldorfer Programms liegt in der fehlenden Unterscheidung zwischen den postulierten Grundsätzen und den Strategien, den Handlungsanweisungen, nach denen die Grundsätze verwirklicht werden können. Im Gegensatz zum Münchner Programm von 1949 wird zwar zwischen Grundlagen, Zielen und Mitteln unterschieden. Was aber fehlt, ist eine Darstellung der Strategien. Zwar kann es hier nicht darum gehen, einzelne Handlungsmodelle zu bezeichnen. Dies wäre Aufgabe der Aktionsprogramme, soweit sich die Taktiken nicht völlig einer verbalen Fixierung entziehen und der aktuellen Tagesauseinandersetzung überlassen bleiben müssen. Nötig wäre es aber, Orientierungspunkte festzulegen, über das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat, zu den Parteien, zu den außerparlamentarischen Gruppierungen, zur Funktionärskörperschaft, Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern, zur Arbeit an der Basis, zur Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie usw. Mit dem Postulat der DGB-Satzung von der Unabhängigkeit, aber nicht Neutralität, ist es allein nicht getan. Dazu bedarf es der inhaltlichen Ausfüllung.

*Auf neue Tragen neue Antworten geben*

Die größte Dringlichkeit, weshalb die Frage nach einem neuen Grundsatzprogramm zu stellen ist, ergibt sich aus dem natürlichen Altern eines solchen Programms. Es stellt sich die Frage, ob die Position des Arbeitnehmers in den siebziger Jahren in der „Düsseldorfer Sicht“ noch ausreichend erfaßt werden kann.

Der Grundtrend unserer Zeit ist die wachsende Internationalisierung und im engeren Sinn Europäisierung, die wirtschaftliche und politische *Integration Westeuropas*. In den *WWI-Mitteilungen* sind einige Schlüsselaufsätze erschienen, die in aller Deutlichkeit das Eindringen der multinationalen Konzerne, aber auch der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik der EWG in die nationale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik darstellen. Schon heute steht eine soziale Schicht in der Bundesrepublik, die Bauern, unter dem „Gesetz von Brüssel“. Es besteht die Gefahr, daß die Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik in eine ähnliche Ohnmachtstellung hineingedrängt wird. Sie muß, um die Fehler der Bauern zu vermeiden, darauf vorbereitet sein. Zwar findet sich im Düsseldorfer Programm unter den fünf Zielen der Wirtschaftspolitik auch ein Punkt über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Er fristet aber im Gesamtprogramm ein recht kümmerliches Dasein. Die Antwort und Gegenstrategie der Gewerkschaften auf die Herausbildung eines monolithischen Blocks von multinationalen Großkonzernen muß auf lange Sicht die Gewerkschaftseinheit auf internationaler Ebene sein. Ein Bündel damit zusammenhängender grundsätzlicher ideologischer, organisatorischer und taktischer Fragen entsteht damit.

Eine weitere Frage, die sich 1963 noch nicht in dieser Dringlichkeit stellte, ist die *Verteilung* des Zuwachses des Sozialprodukts zugunsten des privaten und öffentlichen Bedarfs. Hier nur das Schlagwort: Privater Reichtum und öffentliche Armut. Aus der Beantwortung dieser Grundsatzfrage kann erst die DGB-Position zur Vermögensbildung (Vermögensbildung mehr im politischen Sinn verstanden als Kontrolle einseitiger Macht, oder im traditionellen Sinn verstanden als Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand) und zu einer großen Steuerreform, die diesen Namen auch verdient, entwickelt werden.

Anders als zum Zeitpunkt der Entstehung des Düsseldorfer Programms 1963 stehen wir heute vor einem Abbau der einseitigen Herrschaft reaktionärer Kräfte in der Bundesrepublik und zum ersten Male in der Nachkriegszeit vor der Möglichkeit eines gesellschaftspolitischen Wendepunktes in der Bundesrepublik. Hier sei nur angeführt: Unabhängig von momentanen Mehrheiten im Bundestag ist in der Bundesrepublik der Blick für die *soziale Umgestaltung* schärfer geworden. Die sozial-liberale Koalition hat eine entschiedene Friedenspolitik ergriffen, die die Kalte-Kriegs-Mentalität abbaut. Eine kritische Bewußtseinsbildung ist bei Teilen der Jugend und Arbeitnehmerschaft entstanden. Nach dem Abschluß der wirtschaftlichen Rekonstruktionsphase hat dieser Staat zum ersten Male in seiner Ge-

schichte die materiellen Voraussetzungen geschaffen, um die 100jährigen Forderungen der Arbeitnehmer nach sozialer Gerechtigkeit realisierbar zu machen.

Die Weiterentwicklung der hochindustrialisierten Gesellschaft hat zu *Widersprüchen und neuen Problemen* geführt, die das Programm von 1963 noch nicht kennen konnte. Dazu gehören etwa die fortschreitende Nivellierung der Berufsunterschiede, der klare Emanzipationswille der Frauen und der Jugend, neue bildungspolitische Fragestellungen, Landesentwicklung, Umweltschutz, Gastarbeiterfragen, Bodenreform usw. Zu diesen und anderen Fragen findet das alte Programm nur sehr vage Formulierungen, wenn sie überhaupt erwähnt werden.

Endlich bedarf es auch einer neuen Einschätzung der Ziele und Mittel der *Wirtschaftspolitik*. Für Vollbeschäftigung, stetiges Wirtschaftswachstum, richtige Einkommens- und Vermögensverteilung, Stabilisierung des Geldwertes und Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht dürfte jeder vorbehaltlos eintreten. Aber wie sollen solche Ziele zu gleicher Zeit und mit welchen Instrumenten verwirklicht werden? Kann die aktive Lohn- und Gehaltspolitik eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts ermöglichen, wie es das Düsseldorfer Programm unterstellt? Wenn nicht, welche weiteren Konsequenzen ergeben sich für die Taktik und Strategie der Gewerkschaftspolitik? Läßt sich die Stabilität des Geldwertes zugleich mit den anderen Zielen verwirklichen?

Man könnte darauf antworten, daß eine Abschätzung derartiger Möglichkeiten nicht Aufgabe des Programms sei, sondern daß es allein auf den deutlichen Ausdruck des eigenen Willens ankomme. Diese Forderungen müssen aber in etwa mit den Realisierungschancen übereinstimmen, auch in langfristiger Sicht. Und endlich: Die Überführung von Schlüsselindustrien und von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum ist im Düsseldorfer Programm aus der „Trinität des Münchner Programms“ (Mitbestimmung, volkswirtschaftliche Rahmenplanung und Vergesellschaftung) herausgebrochen und zum letzten Punkt in der Aufzählung von Maßnahmen zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht „degradiert“ worden. Verträgt sich dies noch mit den Beschlüssen der letzten Kongresse von IG Metall und IG Chemie, Papier, Keramik und den Erfahrungen, die gerade die Gewerkschaften mit der Konzentrationswelle und dem Ruhrbergbau heute machen müssen?

Vor der Gefahr eines allzu dogmatischen Purismus gilt es jedoch zu warnen. Ein Grundsatzprogramm kann nicht auf dem Reißbrett entworfen werden. Die Gewerkschaften stellen eine lebendige Bewegung dar. Sie würden eine zu starke Einengung in ein „Prokrustesbett-Grundsatzprogramm“ nicht vertragen und sich dies auch nicht gefallen lassen. Der Vorteil des Düsseldorfer Programms ist seine Offenheit, seine Integrationswirkung gegenüber divergierenden Meinungen. Diese Offenheit muß auch ein neues Grundsatzprogramm bewahren. Zugleich darf es nicht in das andere Extrem fallen, daß aus dem Prokrustesbett ein Lotterbett wird, in dem sich jeder wohl fühlen darf. Entscheidungen, die aus unserem heutigen Er-

kenntnisstand im Interesse der Arbeitnehmerschaft getroffen werden müssen, bedürfen einer klaren sprachlichen Festlegung. Das Ausweichen in bequeme Unverbindlichkeiten nützt niemandem. Und hier stellt sich die entscheidende Frage: Können der DGB und seine Einzelgewerkschaften heute eine Grundsatzdiskussion, die über ein reines Fortschreiben des Düsseldorfer Programms hinausgeht, austragen, ohne daran Schaden zu nehmen oder sogar daran zu zerbrechen? In Wirklichkeit stellt sich die Frage jedoch nicht so: Wir sind in einer permanenten Grundsatzdiskussion. Jeder Gewerkschaftstag, jede Konferenz auf Kreis- oder Landesebene legt in der offenen Auseinandersetzung davon Zeugnis ab. Allerdings besteht hier die Gefahr, daß Einzelantworten gefunden werden, die nicht immer auf das Grundsätzliche zurückgeführt und von dort abgeleitet werden. Minderheiten, die zu gefährlichen, die Einheit sprengenden Blockbildungen und Fraktionen entarten können, bilden sich, wenn über vorliegende Meinungsunterschiede keine offene Sprache geführt wird, wenn ungelöste Fragen im Raum stehen bleiben, wenn Akzentverschiebungen und neue Strömungen sich nicht artikulieren können und vom Grundsatzprogramm nicht aufgefangen werden. Der DGB lebt in der Erfahrung, daß durch Diskussionen Meinungsunterschiede integriert, nicht produziert werden. Eine Grundsatzdiskussion über das Grundsatzprogramm würde die permanente Diskussion bündeln und ihr die konkrete Zielrichtung geben, die die Gewerkschaften für die siebziger und achtziger Jahre brauchen.